



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/256 - 13. November 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Hamburg - Symbol für die Zukunft</u> Zur Ausgang der Bürgerschaftswahlen in der Hansestadt	85
2 - 3	<u>Entwicklung und Bedeutung der Gewerbesteuer</u> Von Dr. Alex Möller, MdB	92
4	<u>Eine Aufgabe für Hays</u> Hintergründe des "Boostedter Kanonierprozesses"	40
5 - 6	<u>Englisch statt Deutsch</u> Für sowjetdeutsche Schulkinder	56

* * *
* *

Hamburg - Symbol für die Zukunft

sp - Mit zierlichen Sorgen haben die Bonner Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP dem Ausgang der Hamburger Bürgerschaftswahl entgegen-
gesehen. Ihre Sorgen erwiesen sich als nur allzu berechtigt. Auch im
In- und Ausland wurde das Ringen um die Neubesetzung des Hamburger Se-
nats mit Spannung verfolgt, war doch diese Wahl die erste seit dem 17.
September. Was sich damals schon sichtbar durch den Verlust der absolu-
ten Mehrheit für die CDU/CSU abzeichnete, trat bei der Hamburger Wahl
noch deutlicher und sinnfälliger in Erscheinung: die deutsche Wähler-
schaft ist in Bewegung, es vollziehen sich Veränderungen, die das Stärke-
verhältnis der Parteien verschieben. Alte Vorurteile gelten nicht mehr,
bisherige Schranken sind gefallen, im wachsender Umfang strömen soge-
nannte bürgerliche Wähler der Sozialdemokratie zu. Im Bewusstsein der
Wähler gehört die Deutsche Sozialdemokratie nun zur deutschen Nation
wie der Kölner Dom und die Wartburg Luthers. Die grösste Gewinnerin
dieses Prozesses ist insgesamt die deutsche Demokratie. Sie wird durch
den Wegfall des Weltanschauungscharakters der Parteien pragmatischer,
sie bekommt dadurch mehr Stärke und Ausstrahlungskraft.

Wo Sozialdemokraten regieren, wird saubere, in die Zukunft weisende,
dem Allgemeinwohl dienende Arbeit geleistet. Die Hamburger Sozialdemo-
kratie, zuerst unter der bewährten Führung des jetzigen Bundestagsabge-
ordneter und Mitglieds der Regierungsmannschaft Max B r a u e r , nun
unter der umsichtigen, initiativenreichen Leitung des Bürgermeisters
Paul M e v e r m a n n , blickt auf eine Kette glänzender Erfolge
zurück. Von einer vierjährigen Unterbrechung abgesehen, die der Hanse-
stadt nicht zugute kam und böse Erinnerungen hinterliess, leiten seit
dem Zusammenbruch 1945 Sozialdemokraten diese grösste Stadt in der Bun-
desrepublik. Das zerstörte Hamburg erhielt ein Antlitz, schöner als je
zuvor, die Senatsführung verstand es, den Fleiss, die Tüchtigkeit und die
auch durch die Schrecken der Kriegszeit ungebrochen gebliebenen Energien
ihrer Bürger zu wecken und in Bahnen zu lenken, die die alte Hansestadt
zu dem werden liess, was es heute ist: eine Stadt mit einer hervorran-
genden Verwaltung und einer Personalpolitik, die auch dem Ubelwollenden
keine Angriffsflächen bot. Aber auch dies zeichnet die Führung des Ham-
burger Senats aus: der Geist der Fairness und der Zusammenarbeit mit der
jeweiligen Opposition. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Die Ham-
burger Sozialdemokratie pflegte und pflegt damit beste Hamburger Tra-
dition, für sie gilt das Einigende mehr als das Trennende, auch wenn
sie 57 Prozent der Stimmen erreicht, wird sie, wie Bürgermeister Neve-
mann es ausdrückte, die Opposition nicht überrollen.

Diese noble Haltung wurde auch bei den letzten Wahlen zur Bürger-
schaft von einer bisher noch nie zu verzeichnenden Mehrheit honoriert.
Um drei Mandate verstärkt zieht sie nun mit 72 Sitzen in das Stadtpar-
lament der Hansestadt ein. Im Vergleich zur Bundestagswahl gewann sie
- trotz niedrigerer Wahlbeteiligung! - fast 8 000 Stimmen, ein Gewinn,
den auch die kühnsten Optimisten nicht erwartet hatten. Die CDU musste
ihre unfruchtbare, an Substanzmangel leidende Oppositionspolitik mit
dem Verlust von fünf Mandaten bezahlen, ein für sie besonders schmerz-

licher Verlust, weil er eine anscheinend unaufhaltsame Tendenz nach unten offenbart. Die FDP, mitverantwortlich für die Führung des Staates, kam die Zusammenarbeit mit dem zahlenmässig so Überlegenen Koalitionspartner nicht schlecht an, hat sie doch im Vergleich zu 1957 an Stimmen und zwei Mandate gewonnen, ein Gewinn, der freilich nicht die Enttäuschung der FDP zu verbergen vermag, vergleicht man das Ergebnis vom letzten Sonntag mit dem des 17. September. Innerhalb von sechs Wochen haben die Freien Demokraten über 90 000 Stimmen verloren, ein Verlust, für den sie sich wohl bei Herrn Mende beschweren müssen.

Ohne Zweifel haben bei der Stimmabgabe von rund einer Million Wählern die trüben Begleiterscheinungen der Bonner Regierungsbildung neben der eindrucksvollen Würdigung sozialdemokratischer Aufbauarbeit eine beträchtliche Rolle gespielt. Hier mag auch der Grund für die geringere Wahlbeteiligung liegen. Sie war die niedrigste seit 1949. Ein gutes Viertel der Wähler zog das Fernbleiben von der Urne vor, wohl aus Protest gegen die Bonner Vorgänge. 90 000 Wähler, die noch am 17. September der Partei des Herrn Mende folgten, liessen ihr diesmal im Stich und bekundeten damit ihren Protest gegen die Haltung einer des Wortbruchs überführten Partei. Herr Mende mag dies bestreiten, sein Hamburger Parteifreund Engelhardt weiss es wohl besser. Er hat sich dazu im Fernsehen geäußert. Man kann eben nicht am Tage nach der Wahl das Gegenteil von dem tun, was dem Wähler vor der Wahl als "unabhängbar" verkündet wurde. Solche plumpen Rosstäuscher-Tricks machen sich eben auf die Dauer nicht bezahlt; die Hamburger erteilten darauf die notwendige, Herrn Mende gewiss schmerzende, Quittung.

Eine ähnliche Abfuhr erhielten die Freunde Ulbrichts (DFU). Die für sie bei der Bundestagswahl abgegebene Stimmzahl von 43 000 sank am letzten Sonntag auf 28 000 herab. Für die DFU, Handlanger fremder Interessen, gibt es keinen Platz in der deutschen Politik, sie ist abgestempelt als eine Sektierergruppe und noch so kräftige Finanzierungsquellen und Hilfestellungen vermögen ihr keinen belebenden Odem einzuhauchen.

Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 12. November 1961 dürfte nicht ohne Auswirkungen auf die Politik in der Bundesrepublik bleiben. Es zeigt eine im ständigen Vormarsch sich befindende Sozialdemokratie, ein reifes politisches Bewusstsein der Wähler und eine geschwächte CDU und FDP. Hamburg gab ein Warnzeichen für jene, die in Bonn glauben, die Sozialdemokratie in Lebensfragen der Nation aus der Mitverantwortung ausschalten zu können. Sie werden mit solcher Kurzsichtigkeit nicht weit kommen.

+ + +

Entwicklung und Bedeutung der Gewerbesteuer

Von Dr. Alex Möller, MdB

Erst im Jahr 1920 und auf Grund des Gesetzes vom 30. 3. 1920 - Finanzausgleichsgesetz - wurde in allen Ländern des Deutschen Reiches die Gewerbesteuer eingeführt. Diese Steuern sind verschieden ausgestaltet worden. Während in Preussen, wo es eine Gewerbesteuer seit der Miculischen Steuerreform im Jahre 1893 gab, die Gemeinden die alleinige Ertragshoheit hatten, stand in Süddeutschland ausschliesslich den Ländern das Recht der Gewerbesteuererhebung zu. Die Gemeinden und Gemeindeverbände waren zur Deckung ihrer Lasten lediglich berechtigt, Zuschläge zur Landesgewerbesteuer zu erheben.

Neben den Unterschieden hinsichtlich der Ertragshoheit bestanden auch Unterschiede bezüglich der Besteuerungsgrundlagen. In einzelnen Ländern war der Ertrag oder das Kapital, in anderen Ländern der Umsatz, beziehungsweise die Lohnsumme, Besteuerungsgrundlage. Auch die Abgrenzung der steuerpflichtigen Unternehmen wurde verschieden vorgenommen. So waren in den meisten Ländern die freien Berufe gewerbesteuerpflichtig. Unterschiede bestanden ferner bei den Steuerbefreiungen sowie hinsichtlich der angewandten Tarife.

Im Zuge der Realsteuerreform des Jahres 1936 wurden das Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen und das Gewerbesteuerergesetz vom 1. 12. 1936 erlassen. Anstelle der Vielzahl von Ländergewerbesteuerergesetzen trat nun das Reichsgewerbesteuerergesetz. Es bestimmte, dass die Gewerbesteuer eine Gemeindesteuer ist. Durch das Einführungsgesetz zu den Realsteuergesetzen wurden die Gemeinden verpflichtet, die Gewerbesteuer nur nach dem neuerlassenen Gewerbesteuerergesetz zu erheben, das die Besteuerungsgrundlagen und die Tarife festlegte. Ebenso war die Frage der steuerpflichtigen Unternehmen einheitlich geregelt.

Im Kriege führte die "Verordnung über die Erhebung der Gewerbesteuer in vereinfachter Form vom 31. 3. 1943" zu einigen Vereinfachungen, die einmal eine Umstellung des Erhebungszeitraums vom Rechnungsjahr auf das Kalenderjahr vornahm und zum anderen den Finanzämtern die Festsetzung, Erhebung und Verteilung der Steuer übertrug.

Nach 1945 lief die Entwicklung in den einzelnen Ländern erneut auseinander. Erst der Bundestag hat das Gewerbesteuerrecht mit zwei Gesetzen 1950 und 1951 wieder vereinheitlicht. Anstelle landesrechtlicher Gesetzgebung trat nun Bundesrecht. Seit dieser Zeit gehört das Gewerbesteuerrecht zur sogenannten konkurrierenden Gesetzgebung.

Finanzielles Rückgrat der Gemeinden

Die Gewerbesteuer ist heute das finanzielle Rückgrat der Gemeinden. Welche Bedeutung sie hat, geht aus der Tatsache hervor, dass von den kassenmässigen Steuereinnahmen der Gemeinden in 1960 rund 77 Prozent auf die Gewerbesteuer entfielen. So betragen nach dem Statistischen Jahrbuch 1961 die kassenmässigen Steuereinnahmen der Gemeinden im Kalenderjahr 1960 (ohne Saarland, jedoch einschliesslich der Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten) 9,638 Milliarden DM; hierunter befanden sich 7,433 Milliarden DM Gewerbesteuer einschliesslich Lohnsummensteuer. Das Gewerbesteueraufkommen hat sich im Jahre 1960 gegenüber 1955 nahezu verdoppelt. Im Jahre 1960 verfügten wir über Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 7,433 Milliarden DM gegenüber 3,779 Milliarden DM im Jahr 1955. Über das Aufkommen 1961 können noch keine Angaben gemacht werden, da das Gewerbesteuergesetz durch Erhöhung des Unternehmerfreibetrags ab 1. Januar 1961 geändert wurde. In dem Gesetzentwurf war zunächst vorgesehen, den Unternehmerfreibetrag nur denjenigen Gewerbetreibenden einzuräumen, deren Gewerbeertrag 50 000,- DM im Kalenderjahr nicht übersteigt. Der Gewerbesteuerausfall wurde seinerzeit vom Bundesfinanzministerium auf 530 Millionen DM und von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände auf 1 Milliarde DM geschätzt. Unterstellt man, dass es sich bei den beiden Schätzungen um Interessenschätzungen gehandelt hat, so ist doch zu erkennen, dass - nachdem der Freibetrag allen Einzelunternehmen und Mitunternehmergemeinschaften ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrags sowie von den personenbezogenen Kapitalgesellschaften gewährt wird - der Steuerausfall erheblich ist. Die Gemeinden haben demgegenüber aber die gleichen, wenn nicht in der weiteren Entwicklung sogar vermehrte Aufgaben zu bewältigen. Sie müssen vor allem elementare öffentliche Bedürfnisse erfüllen oder wie treffend gesagt wird: den staatsbürgerlichen Grundbedarf. Hier ergeben sich zwei Aufgaben:

- a) Die Länder sollen den durch das Steueränderungsgesetz 1961 den Gemeinden aufgezwungenen Einnahmeausfall ausgleichen, wobei es wahrscheinlich nicht genügt, allen Gemeinden für das Jahr 1961 die Einnahmen aus der Gewerbesteuer des Vorjahres zu garantieren. Es fehlt der Ersatz für ein Aufkommen aus der Zuwachsrate, wobei die Erfahrung erwähnt sei, dass eine volkswirtschaftliche Zuwachsrate auch einen neuen oder zusätzlichen öffentlichen Bedarf auslöst.
- b) Der Bund der Steuerzahler hat in seinen Vorschlägen festgestellt, dass die Gewerbesteuer als Überbleibsel eines verflrossenen Ertragssteuersystems im heutigen Personalsteuersystem wenig sinnvoll sei. Mit ihr würde ohne hinreichenden Grund das gewerbliche Einkommen doppelt besteuert. Deshalb müsse sie im Laufe weniger Jahre stufenweise abgebaut werden. Bis zu ihrer völligen Beseitigung soll sie nach den Vorstellungen des Bundes der Steuerzahler im Verbund aufgenommen und mit einem bundeseinheitlichen Hebesatz erhoben werden.

Meines Erachtens hängt die Existenz oder der Umfang der Erhebung einer Gewerbesteuer von der endgültigen und ausreichenden Befriedigung des Finanzbedarfs der Gemeinden ab; sie ist nur im Zuge einer sofort in Angriff zu nehmenden Finanz- und Steuerreform erreichbar.

Eine Aufgabe für Heye

kn. - Ernste Versäumnisse in Ausbildung und Ausrüstung der Bundeswehr, um die sich der neue Wehrbeauftragte Helmut Heye einmal kümmern sollte, bildeten den Hintergrund des "Boosteder Kanonierprozesses", der in den Kasernenanlagen des Panzerartillerie-Bataillons 185 bei Neumünster stattfand. Am letzten Wochenende verhängte der Vorsitzende der zweiten Strafkammer des Landgerichts Lüneburg, Landgerichtsdirektor Koppelbaum, die Strafen gegen Bundeswehrgesoldaten, die dafür verantwortlich gemacht werden, am 15. Februar dieses Jahres den Obergefreiten Jürgen Evers getötet und drei weitere Soldaten verletzt zu haben.

Bei einem Übungsschiessen auf dem Truppenübungsplatz Munster-Süd wurde die Feldhaubitze C der zweiten Batterie des Bataillons so falsch eingerichtet, dass der Schuss um 1 500 Meter zu kurz und viel zu weit links lag, so dass die Granate in den Beobachtungsstand des Feldartillerieregiments 61 einschlug. Bei zweijähriger Bewährungsfrist wurde der als Sicherheitsoffizier eingesetzte 47 Jahre alte Oberfeldwebel Erich Biedenbinder zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht hatte. Aber dieser Feldwebel hatte dem Gericht in der Beweisaufnahme glaubwürdig versichert, er sei erst kurz vorher vom Stabsdienst auf den neuen Posten abkommandiert worden. Man habe ihn nicht in die neue Aufgabe eingewiesen; auch die Unterlagen, die ein Sicherheitsoffizier für das Übungsschiessen benötigt, habe man ihm nicht gegeben.

Auch die Verurteilung von vier weiteren Soldaten erfolgte vor dem Hintergrund einer unzulänglichen Ausbildung und Ausrüstung. Während der Schiessübung fehlten der Batterie sieben Unteroffiziere und ein Offizier für Ausbildungszwecke. Der Termin für die Schiessübung war vorverlegt worden (und zwar gegen die Bedenken des Batteriekommandeurs), obgleich die Einheit noch nicht voll ausgebildet war. Bei dem Übungsschiessen selbst musste die Truppe die für die Sicherheit notwendigen Soldaten selbst stellen, weil der Kommandeur des Übungsplatzes Munster dafür keine ausgebildeten Männer frei hatte. Schliesslich habe die Batterie die für Übungszwecke notwendigen Geschütze nicht in ausreichendem Maße besessen.

So geschah es dann, dass sich in der Feuerleitstelle des Bataillons 185 der Rechner in den Koordinaten vergriff und der Richtkanonier der Panzerfeldhaubitze C die Libelle falsch einstellte. Die Folge war der Tod des Obergefreiten Jürgen Evers von einer ganz anderen Einheit, die Kopfverletzungen eines Obersten durch Splitter und die Verwundung von zwei weiteren Bundeswehrgesoldaten.

Englisch statt Deutsch

(rh) In der heutigen Sowjetunion kann man immer wieder die Beobachtung machen, dass der zweite Schritt vor dem ersten getan wird. So wird den Menschen das "Paradies des Kommunismus" schon für die nächsten Jahrzehnte fest zugesagt, während praktisch in den meisten grossen Städten (vom flachen Land ganz zu schweigen) noch gar nicht die Busse für die kostenlose Beförderung oder die modernen Häuser für das kostenlose Wohnen vorhanden sind und auch in zehn oder zwanzig Jahren nicht in ausreichender Zahl vorhanden sein können. Auf vielen Gebieten des Alltagslebens ist man noch so weit von jedem echten Fortschritt entfernt, dass das "Einholen" des westlichen Lebensstandards wie eine groteske Verheissung klingen muss. Nicht einmal auf dem Gebiete der kulturellen Gleichstellung der in der Sowjetunion lebenden Völker und Volksgruppen, die wenig Mittel und nur etwas guten Willen erfordert, kann die Praxis mit der stets so gelobten Theorie Schritt halten.

Vor vier Jahren hat man in Moskau für alle Schulen mit sowjetdeutschen Schülkindern das sogenannte "erweiterte Programm für den Deutschunterricht" eingeführt. Danach gibt es drei Deutsch-Stunden wöchentlich für alle deutschen Schulkinder von der 2. Klasse der Grundschule an -fortlaufend bis zur letzten Schulkasse - und nicht, wie bis dahin, nur in einigen Klassen. Neue deutsche Schulbücher wurden jedoch bisher nur für einzelne Klassen herausgegeben (aber zu meist nicht geliefert), die Fibel muss für die zweite und dritte Schulklasse ausreichen, in den letzten Klassen helfen sich die Deutschlehrer mit Zeitungen, Büchern aus Büchereien (falls vorhanden) oder mit Schallplatten. Der "erste Schritt" des erweiterten Programms - neue Lehrbücher, neue Einteilung des Stoffs, Anleitungen für die Lehrkräfte - ist bisher nicht getan oder nachgeholt worden.

Wenn die Spitze (in Moskau) versagt, dann kann man in der UdSSR nicht erwarten, dass die unteren Instanzen (nicht nur im Schulwesen, sondern auch im sonstigen Alltag) mehr Eifer an den Tag legen. In

Nischnij Tagil, der neuen Kupfer- und Platinstadt im Ural, 150 km von Swerdlowsk (dem alten Jekaterinburg) entfernt, gibt es mindestens 600 sowjetdeutsche Schulkinder, deren Eltern den Wunsch geäußert haben, dass ihre Kinder Deutschunterricht nach dem "erweiterten Programm" erhalten. Im letzten Schuljahr wurde nur in zwei Schulen diesem Wunsch entsprochen, in diesem Schuljahr gar nur in einer einzigen Schule. In den anderen Schulen gibt es keine deutschen Lehrbücher und auch keine deutschen Lehrkräfte. Zu den Ferienseminaren für Deutschlehrer in Swerdlowsk wurden seit zwei Jahren keine deutschen Bewerber entsandt.

Die einzige Schule mit dem Deutschunterricht in Nischnij Tagil verdankt es nur ihrem Leiter, dass sie rechtzeitig deutsche Schulbücher bekam. Der Schulleiter bestellte sie nicht auf dem Dienstwege, sondern per Post beim Schulverlag in Moskau, der diese "private" Bestellung prompt erledigte. In den Schulen Nr. 61 und Nr. 67 der Stadt half sich die Schulleitung auf andere Weise. Wenn die deutschen Schulkinder schon Unterricht in Deutsch, einer "Fremdsprache", verlangten, so wollte man ihr Verlangen nach einer Fremdsprache auch erfüllen. Da man sich nicht um Deutschlehrer gekümmert hatte, gab man den deutschen Schulkindern als "Ersatz" eine andere Fremdsprache. Statt Deutsch wird Englisch oder auch Französisch unterrichtet - wie es die deutschen Schulkinder lieber haben wollen!

Resigniert meint dazu das Moskauer "Neue Leben": "Es wäre an der Zeit, dass die sowjetdeutschen Kinder in Nischnij Tagil die Möglichkeit bekommen, ihre Muttersprache von der 2. Klasse an zu lernen". Wie sagt doch der Wiener: "Schön wär's, aber spiel'n tun sie's net!"

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel